

07. April 2020

Seite 5

Auflage 148'705 Ex.
Reichweite 417'000 Leser
Erscheint 6 x woe
Fläche 67'200 mm²
Wert 14'100 CHF

Tages-Anzeiger
8004 Zürich
www.tagesanzeiger.ch
Markus Brotschi

Auch erschienen in
1. Basler Zeitung
2. Berner Zeitung GES
3. Der Bund
[+ 2 weitere Medien]



Zehntausenden Selbstständigen bleibt nur der Gang aufs Sozialamt

Sozialhilfe wegen Lockdown Die Anzahl eingereicherter Gesuche steigt seit einigen Wochen stark an. Der Präsident der **Sozialhilfekonferenz** ist alarmiert und sieht viele offene Fragen.

Markus Brotschi

Seit dem 17. März steht auf Anordnung des Bundesrats ein Teil der Schweizer Wirtschaft still. Zwar hat er mit Notverordnungen dafür gesorgt, dass Firmen für ihre Angestellten rasch Kurzarbeitsentschädigungen und vom Lockdown direkt betroffene Selbstständige ein Taggeld bekommen. Dennoch fallen bisher noch Zehntausende von Erwerbstätigen durch die Maschen und sind ohne Einkommen.

Es handelt sich um rund 270'000 Selbstständige, für deren Betriebe der Bundesrat keine Schliessung angeordnet hat, die aber nun kaum mehr Kunden haben. Zu diesen gehören etwa Beschäftigte in Gesundheitsberufen, Taxifahrer, viele Gewerbetreibende und Dienstleister.

Zwar hat Wirtschaftsminister Guy Parmelin diesen Selbstständigen ebenfalls Hilfe in Aussicht gestellt. Dennoch rechnet Christoph Eymann, Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos), damit, dass ein Teil dieser 270'000 Menschen bei der Sozialhilfe landet. Denn die Hilfe des Bundes werde kaum alle Fälle abdecken können, sagt Eymann. So befänden sich darunter viele, die bereits jetzt kaum über die Runden gekommen seien.

Angst vor Ansteckung

Als Beispiel nennt er jene, die Arbeit auf Abruf im Stundenlohn geleistet hätten. Oder Menschen, die als private Haushaltshilfe oder Reinigungskräfte ihr Geld verdient hätten und die nun von den Auftraggebern aus Angst vor Ansteckung nicht mehr beschäftigt werden.

Die Sozialämter müssten landesweit mit mehreren 10'000 zusätzlichen Bezüglern rechnen, die zumindest vorübergehend auf Unterstützung angewiesen seien, sagt Eymann. Erste Anzeichen für eine starke Zunahme gebe es bereits. Seit Mitte März hätten sich etwa in der Stadt Zürich an einzelnen Tagen bis zu dreimal mehr Menschen bei der Sozialhilfe angemeldet als in den Wochen vor dem Lockdown.

Das Sozialamt der Stadt Bern verzeichnete in den ersten drei Monaten dieses Jahres 70 Prozent mehr Neuanmeldungen als in der Vorjahresperiode, wobei die starke Zunahme vor allem im März stattfand.

Zwischenboden einbauen

Für Eymann sind die stark steigenden Neuanmeldungen bei der Sozialhilfe ein «Seismograf» für die kommenden Wochen und Monate. «Das macht uns grosse Sorgen.» Eymann will dem Bun-

desrat in der gegenwärtigen Krise keinen Vorwurf machen. «Wichtig ist aber, dass er nun einen tragfähigen Zwischenboden einbaut, der vor der Sozialhilfe zum Tragen kommt.»

Die Sozialämter arbeiten bereits jetzt unter erschwerten Bedingungen, weil auch sie möglichst viele Fälle ohne direkten Kontakt mit den Bezüglern bearbeiten wollen. Eine starke Zunahme der Gesuche bringt den Sozialdiensten eine weitere Zusatzbelastung. Zudem gebe es viele offene Fragen, sagt Christoph Eymann.

Normalerweise zahlt die Sozialhilfe den Bezüglern nur eine günstige Wohnung. Wem das Erwerbseinkommen nun von einem Tag auf den anderen weggefallen ist, der kann kaum in nützlicher Zeit seine Wohnkosten entsprechend reduzieren. Offen ist für Eymann auch, was jene Kleinunternehmer machen, die sich wegen der Krise nun

In Zürich melden sich täglich dreimal so viele Leute wie in den Wochen zuvor.

07. April 2020

Seite 5

Auflage 148'705 Ex.
Reichweite 417'000 Leser
Erscheint 6 x woe
Fläche 67'200 mm²
Wert 14'100 CHF

Tages-Anzeiger
8004 Zürich
www.tagesanzeiger.ch
Markus Brotschi

Auch erschienen in
1. Basler Zeitung
2. Berner Zeitung GES
3. Der Bund
[+ 2 weitere Medien]

verschulden. Die Rückzahlungsverpflichtung könnte dazu führen, dass viele kaum mehr aus der **Sozialhilfe** herausfinden, weil sie auch nach der Krise zu wenig verdienen, um Schulden tilgung und Lebensunterhalt zu bestreiten.

Augenmass gefordert

Für Felix Wolfers, Leiter des Stadtberner Sozialamts, ist klar, dass in der Corona-Krise mit Augenmass gehandelt werden muss. Beim Eintritt in die **Sozialhilfe** hätten auch sonst jeweils viele eine zu teure Wohnung.

Normalerweise werde eine angemessene Frist zum Umzug in eine neue Wohnung angesetzt.

In der aktuellen Situation sei jedoch nicht klar, wie lange die Unterstützung benötigt werde. Deshalb müsse mit einem allfälligen Umzug oder der Veräusserung von Vermögenswerten wie etwa Autos zugewartet werden.

Die jährlichen Kosten für die **Sozialhilfe** von zurzeit rund 2,8 Milliarden Franken tragen die Kantone und Gemeinden. Der Bund beteiligt sich nicht an der **Sozialhilfe**. Für SP-Vizepräsidentin und Nationalrätin Barbara

Gysi ist deshalb in erster Linie der Bundesrat gefordert. Dieser müsse dafür sorgen, dass niemand wegen der aktuellen Krise durch die Maschen falle.

Falls aber die **Sozialhilfe** durch die Krise dennoch stark belastet werde, müsse wie bei den Corona-bedingten Mehrkosten im Gesundheitswesen ein Ausgleich stattfinden. Hier seien der Bund und die Kantone untereinander gefordert. Keinesfalls dürften die Gemeinden mit stark steigenden **Sozialhilfekosten** belastet werden, sagt Gysi.



Wer auf Abruf im Stundenlohn arbeitet, steht in der Krise besonders schlecht da: Reinigungskräfte in einem Hotel. Foto: Steffen Schmidt (Keystone)

Zehntausenden Selbstständigen bleibt nur der Gang aufs Sozialamt

Auch erschienen in: Basler Zeitung, Berner Zeitung GES, Der Bund, Freiburger Nachrichten, Zürichsee-Zeitung GES

Auflage gesamt	Reichweite gesamt	Visits gesamt	Wert gesamt
437'791	372'410		53'800 CHF